

Was auch immer geschieht:  
Nie dürft ihr so tief sinken  
Von der Scheiße, durch die man euch zieht,  
auch noch zu trinken.

Dieses Zitat von Erich Kästner habe ich auf der Internetseite von Michael Schneider gefunden. Aufmerksam wurde ich auf ihn durch seinem Beitrag **Der „böse Russe“, die deutsche Geschichtsvergessenheit und die Blindheit der Berliner Außenpolitik** [1] erschienen am 4. Dezember 2022 in „Neue Debatte“. Daraus verwende ich nur einige Abschnitte, obwohl der ganze Beitrag vorlesenswert wäre. Ich beschränke mich auf die Blindheit der Berliner Außenpolitik. [2] Michael Schneider wurde 1943 im damaligen Königsberg, dem heutigen Kalliningrad, geboren. Er ist Schriftsteller, politischer Publizist, Essayist und Literaturkritiker. Er ist Lektor, Schauspieldramaturg und Autor. Am Staatstheater Wiesbaden wurde sein erstes Bühnenstück **Die Wiedergutmachung Oder wie man einen verlorenen Krieg gewinnt** uraufgeführt. Es behandelte ein Tabuthema der deutschen Geschichte, nämlich die Rolle der deutschen Industrie und Hochfinanz während des „Dritten Reiches“- und löste einen Theaterskandal aus. Und auch er war einmal Mitglied des wissenschaftlichen Beirates von Attac, bevor er aufgelöst wurde.

Jetzt zum Artikel:

Stellen Sie sich vor, Wladimir Putin würde in den Deutschen Bundestag eingeladen, um seine Strategie für das künftige Europa vorzustellen. Unvorstellbar? Heute ja. Aber genau das fand 2001 statt, und seine Rede wurde von den Bundestagsabgeordneten sogar mit stehenden Ovationen bedacht.

Er sprach von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU, Deutschland und der Russischen Föderation und schlug eine eurasische Wirtschaftsgemeinschaft vor, die von Wladiwostok bis Lissabon reichen sollte.

Während seiner ersten Amtszeit ist Putin mit offenen Armen auf Deutschland und seine Politiker zugegangen, doch wurden all seine Vorschläge und Offerten letztlich zurückgewiesen. Warum eigentlich?

Ich weiß nicht, ob Putin damals bewusst war, wie sehr seine Vision von einer gemeinsamen europäisch-russischen Sicherheitspartnerschaft und einer eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft gegen das seit einem Jahrhundert geltende Axiom der US-Außenpolitik verstieß.

Dass, wie es George Friedmann, einer der einflussreichsten Geopolitiker der USA, immer wieder betonte, ein Zusammengehen des hochtechnologischen Deutschlands mit Russland, dem rohstoffreichsten Land der Welt, mit allen Mitteln verhindert werden müsse. [3]

Nun, dieses Ziel scheint infolge des Ukraine-Kriegs für das Erste erreicht. Warum war aber gerade die Ukraine der geeignete Hebel dafür? Hier hilft die Lektüre von Zbigniew Brzezińskis 1997 erschienenen Buchs „Die einzige Weltmacht“ weiter.

Der ehemalige Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter bezeichnete darin schon damals die Ukraine als „einen geopolitischen Dreh- und Angelpunkt“ und erteilte den USA den strategischen Auftrag, die Ukraine aus dem eurasischen Block zu lösen und der EU und der NATO einzugliedern.

Die 1991 aus der zerfallenen Sowjetunion hervorgegangene Ukraine war und ist ethnisch und kulturell ein zerrissenes Land. Infolge der langen Zugehörigkeit zu Polen bzw. zum Habsburger Reich tendiert die Westukraine eher zu Europa, die überwiegend russischsprachige Ostukraine eher zu Russland. Die Ukraine war bereits vor dem Krieg eines der ärmsten Länder Europas, zudem korruptionsgeplagt – alles andere jedenfalls als eine stabile Demokratie.

Nahezu folgerichtig ist der strategische Plan der USA, die Russische Föderation an ihrer verwundbarsten Stelle, nämlich der Ukraine, anzugreifen und damit die EU und Deutschland

in einen Neuen Kalten Krieg gegen Russland hineinzutreiben. Eine Verschwörungstheorie? Keineswegs. Vielmehr ein ausgearbeiteter Plan der Rand Corporation.

Der Ukraine-Plan «Overextending and Unbalancing Russia»[4], das heißt den Gegner zwingen, übermäßig zu expandieren, um ihn zu destabilisieren und schließlich zu Fall zu bringen. Er sieht vor, die westlich-orientierten Kräfte der Ukraine finanziell und institutionell zu unterstützen.

Gleichzeitig müsse das Image Russlands nach außen weiter untergraben werden. Vor allem, so der Plan, müsse Russlands Wirtschaft, die stark vom Export von Gas und Öl abhängig ist, durch massive Handels- und Finanzsanktionen geschwächt werden.

Dabei soll aber sichergestellt werden, dass Europa den Import von russischem Gas reduziere und durch US-Flüssigerdgas ersetze. Im militärischen Bereich sei es notwendig, so zu operieren, dass die europäischen NATO-Länder ihre Streitkräfte in einer großen antirussischen Koalition aufstocken.

Ohne Frage ein raffinierter Plan. Noch schockierender war für mich der Zeitpunkt, an dem er dem US-Repräsentantenhaus vorgelegt wurde: nämlich bereits am 5. November 2019, also 3 Jahre vor dem russischen Angriff.

Für die große Mehrheit der deutschen Politiker und Journalisten begann der Krieg in der Ukraine erst am 24. Februar 2022.

In dieser Sichtweise, die die lange und komplexe Vorgeschichte dieses Krieges ausklammert, scheint Putin der alleinige Aggressor und überhaupt der neue Weltbösewicht zu sein. Doch der Krieg in der Ukraine begann bereits acht Jahre zuvor.

Die Entscheidung des russland-freundlichen Präsidenten Janukowytsh, die EU-Assoziierung der Ukraine abzulehnen, war der Auslöser von monatelangen Massenprotesten und Unruhen. Schon 2014 bemühten sich die Europäer in den Minsker Gesprächen (Minsk I und Minsk II) um eine Lösung der sich zuspitzenden Konfrontation zwischen den rivalisierenden politischen Kräften und später um einen Waffenstillstand in dem 2014 in der Ostukraine begonnenen Krieg.

Das Abkommen, von Merkel, Hollande, Poroschenko und Putin ausgehandelt, sah einen verfassungsmäßig garantierten Autonomiestatus für die ostukrainischen Regionen Luhansk und Donezk vor. Welche Chance auf eine friedliche Lösung tat sich da auf!

Doch bevor es umgesetzt werden konnte, ereignete sich Mitte Februar 2014 das Massaker auf dem Maidan-Platz. Eine Untersuchung fand bis heute nicht statt. Präsident Janukowytsh wird abgesetzt, auch ohne dass die erforderliche Mehrheit erreicht wird: ein Putsch! Sein Nachfolger Jazenjuk, „bittet umgehend den NATO-Generalsekretär um Aufnahme der Ukraine in die NATO. Ein perfekter Regime-Change!

Die Unruhen des Maidan hatten eine von Nationalisten eroberte Staatsmacht hervorgebracht. Diese Nationalisten behaupten, „echte“ Ukrainer skandinavischer oder protogermanischer Herkunft und nicht Slawen, geschweige denn Russen zu sein. Sie berufen sich auf Stepan Bandera, den Anführer der ukrainischen Kollaborateure der Nazis, der während des Zweiten Weltkrieges die Vernichtung jüdischer und slawischer Intellektueller organisierte. Dem Faschisten Bandera wurden vom ukrainischen Regime seit 2015 aufwendige Denkmäler errichtet. Der Nachfolger von Jazenjuk Petro Poroschenko konnte oder wollte den in den Minsker Vereinbarungen ausgehandelten Autonomiestatus für Donezk und Luhansk nicht umsetzen. Stattdessen bewaffnete er die nationalistischen Milizen und schickte sie in den Donbass, der von nun an ständig beschossen wurde.

„Diese Milizen“ – so Jacques Baud, der als NATO-Mitarbeiter für längere Zeit in der Ukraine tätig war „bestehen im Wesentlichen aus ausländischen Söldnern, oft Rechtsextremisten.

Im Jahr 2020 machen sie rund 40 Prozent der ukrainischen Streitkräfte aus. Bewaffnet, finanziert und ausgebildet werden sie von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Kanada und Frankreich

... Der Westen unterstützt und bewaffnet also Milizen, die sich seit 2014 zahlreicher Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung schuldig gemacht haben: Vergewaltigungen, Folter und Massaker.“

In seiner Rede an die Nation am 21. Februar 2022, drei Tage vor dem Einmarsch in die Ukraine, beschwor Putin die aus russischer Sicht existenzielle Bedrohung, die ein NATO-Beitritt der Ukraine für sein Land bedeute:

„Ich möchte Ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass die Gefahr eines überraschenden Schlags gegen unser Land um ein Vielfaches zunehmen wird, wenn die Ukraine NATO-Mitglied werden sollte.“

„ ... Nachdem die Vereinigten Staaten den Vertrag über Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen gekündigt haben, entwickelt das Pentagon bereits offen eine Reihe von bodengestützten Angriffswaffen, einschließlich ballistischer Raketen, die Ziele in einer Entfernung von bis zu 5500 Kilometer erreichen können. Die Flugzeit von Marschflugkörpern ‚Tomahawk‘ nach Moskau beträgt weniger als 35 Minuten, für ballistische Raketen aus dem Raum Charkiw 7 bis 8 Minuten und für die Hyperschall-Raketen 4 bis 5 Minuten.“

So viel ist klar: Indem Russland die unentwegten Provokationen der US-geführten NATO zuletzt mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine beantwortete, hat es sich selbst augenscheinlich ins Unrecht gesetzt. Angesichts der russischen Aggression verblassen auf einmal all die Untaten und Verbrechen in den zahllosen Kriegen, die die USA geführt haben. In den letzten 30 Jahren haben sie 20 militärische Konflikte geschürt und seit 2001 mit Hilfe ihrer Verbündeten fünf islamische Staaten (Irak, Afghanistan, Syrien, Libyen und den Jemen) zerbombt.

Der Plan, Russland durch die Handels- und Finanz-Sanktionen von den Weltmärkten abzuschneiden und weltpolitisch zu isolieren, hat genau das Gegenteil bewirkt; nämlich Russlands Zusammengehen und noch engere Kooperation mit China, Indien und den anderen BRICS-Staaten (BRICS steht für Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) sowie mit den Staaten der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ).

Diese beiden immer mächtiger werdenden Staatenbünde, in denen zwei Drittel der Menschheit leben, sind dabei, sich auf einen neuen, goldbasierten Währungskorb zu verständigen, was das Ende der Ära des Petro-Dollars einleiten dürfte.

Wenn selbst Saudi-Arabien, der bislang verlässlichste Bündnis- und Wirtschaftspartner der USA, seine Ölgeschäfte, wie angekündigt, künftig auch in anderen Währungen abwickeln wird, dann könnte es mit der Monopolstellung des Dollars als Weltwährung und mit der Herrlichkeit des US-Dollar-Imperiums bald vorbei sein.

Was Michael Schneider hier beschreibt, ist zwar kein Mainstream aber auch kein Geheimnis. Die meisten Menschen haben nur nicht die Zeit oder die Lust sich selbst zu informieren und vertrauen auf unsere Leitmedien. Von politisch Verantwortlichen, vor allem in der Außenpolitik, könnten wir, finde ich, schon verlangen sich vorher zu informieren, bevor sie, die einstmals guten Beziehungen zu Russland unwiederbringlich zerstören. Und sehenden Auges in einen dritten Weltkrieg marschieren.

Wenn die Einhaltung des Völkerrechts und die Achtung der Menschenrechte Kriterien sind, nach denen deutsche Politikerinnen und Politiker ihre Bündnis- und Geschäftspartner aussuchen, warum ist dann ausgerechnet die USA unser engster Partner?

Die Liste der Völkerrechtswidrigen Kriege und Menschenrechtsverletzungen ist lang. Ebenso zählt die Destabilisierung von Staaten zur gängigen Praxis, wenn es dem Interesse der USA dient.

Das wird unserer Bevölkerung natürlich nicht täglich gezeigt. Wir sollen auf Kriegskurs gebracht werden und Lieferungen von Waffen, Panzern und Kampfjets befürworten.

Dafür braucht es eine ordentliche Kriegspropaganda.

Von Anne Morelli ist 2001 das Buch „Die Prinzipien der Kriegspropaganda“ erschienen. [5]

Morelli arbeitete darin die zehn Gebote der Propaganda aus. Sie sind vor allem als Analyseraster für pädagogische und medienkritische Zwecke gedacht und sollen wertfrei bleiben.

Sie lauten:

1.1 Wir wollen keinen Krieg!

1.2 Der Gegner ist allein für den Krieg verantwortlich!

1.3 Der Führer des feindlichen Lagers wird dämonisiert

1.4 Wir verteidigen ein edles Ziel und keine besonderen Interessen!

1.5 Der Feind begeht wissentlich Grausamkeiten, wenn wir Fehler machen, geschieht dies unbeabsichtigt

1.6 Der Feind benutzt unerlaubte Waffen

1.7 Wir erleiden geringe Verluste, die Verluste des Feindes sind erheblich

1.8 Anerkannte Kulturträger und Wissenschaftler unterstützen unser Anliegen

1.9 Unser Anliegen hat etwas Heiliges

1.10 Wer unsere Propaganda in Zweifel zieht, arbeitet für den Feind und ist damit ein Verräter

Und da das noch nicht genügt, gibt es Werbeveranstaltungen für den Krieg. So z.B. „Zeitenwende on tour“. Die Münchner Sicherheitskonferenz, die auch in diesem Jahr wieder stattfinden wird, möchte dort mit Bürgerinnen und Bürgern im ganzen Land die Zeitenwende in der deutschen Sicherheitspolitik diskutieren. So jedenfalls die Ankündigung auf der Internetseite. Weiter ist dort zu lesen:

Der russische Überfall auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende in der Geschichte Europas. Die deutsche Außen-, Sicherheits- und Europapolitik muss sich jetzt verändern, um unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern. Damit diese Veränderungen gelingen, brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland haben ernste Fragen, sie suchen nach vertrauenswürdigen Informationen und nach Orientierung.

Eine kurze Beschreibung eigener Eindrücke habe ich von einem Freund bekommen, der bei der Veranstaltung in Leipzig war:

Merle Spellenberger (Grüne / MdB) meinte, der Westen hätte immer wieder erfolglos versucht, mit Putin zu verhandeln - der wollte ja nicht. Christopher Heusgen (Vorsitz Siko) meinte, Verhandlungen mit Putin seien schon deshalb schwierig, weil man ihm nicht trauen darf. Schließlich habe Putin Minsk 2 gebrochen, indem er die Ukraine angriff.

Etwa 3 oder 4 Redebeiträge aus dem Publikum waren sehr klar kritisch gegen das westlichen Kriegstreiben. Auf solche Stimmen im Saal ging die Podiumsrunde inhaltlich nicht ein.

Die oben getätigte Aussage Putin wolle nicht verhandeln ist falsch. Dafür gibt es einige Beispiele, ich beschränke mich auf ein ganz entscheidendes. Die Ukraine und Russland hatten schon im April eine Friedenslösung. Dazu ein Zitat von General a.D. Harald Kujat. [10]

Es hat bereits Anfang April eine Vereinbarung zwischen der Ukraine und Russland über ein Ende der Kampfhandlungen und einer Friedenslösung gegeben. Diese Vereinbarung beinhaltet, dass sich Russland aus allen seit dem 24. Februar eroberten Gebieten zurückzieht, im Gegenzug die Ukraine auf einen NATO-Beitritt verzichtet und dafür Sicherheitsgarantien von verschiedenen Staaten erhält. Damit wäre der Krieg bereits im Frühjahr beendet. Werden können! Doch er ist nicht beendet worden, weil zu diesem Zeitpunkt, präzise am 9. April der damalige Premierminister Johnson nach Kiew reiste und veranlasste, dass der ukrainische Präsident Selenskyi dieses Abkommen nicht unterzeichnete und die Gespräche mit Russland abbrach.

Dazu gibt es auch einen Artikel in der Berliner Zeitung von Fabian Scheidler vom 06.02.2023. Diesen verlinke ich auf unserer Internetseite. [10]

Die Aussage, Russland hat mit dem Angriff auf die Ukraine Minsk II verletzt ist zwar richtig, dem sind aber etliche Verletzungen seitens der Ukraine voraus gegangen. Und man muss sich die Chronologie ansehen und zwar nicht erst ab dem 24. Februar 2022.

Einen eklatanten Vertragsbruch seitens der Ukraine gab es schon vor den Abkommen von Minsk. Die neuen Machthaber der Ukraine nach dem Putsch 2014 wollten nicht nur schnell in die NATO sondern auch den – eigentlich unkündbaren – Pachtvertrag für die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim aufzukündigen. [6]

Dazu muss man wissen, dass Sewastopol auf der Krim, der Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte, seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein Streitpunkt zwischen Russland und der Ukraine war. Erst der Vertrag von 1997 regelte auf 20 Jahre die Aufteilung der Flotte und den Verbleib der russischen Marine auf der Krim.

Damit wurde die Situation entspannt. 2010 wurde diese Vereinbarung bis 2042 verlängert. [7]

Diesen Vertrag drohte die Ukraine zu kündigen. Auch dies war ein Grund für den Bürgerkrieg, der mit dem Minsker Waffenstillstandsabkommen vom 12. Februar 2015 beendet werden sollte.

Minsk II wurde am 5. September 2014 unterzeichnet und am 17. Februar 2015 durch Verabschiedung der Resolution 2202 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ein völkerrechtlich geltender Vertrag.

Minsk II beinhaltet

Unverzögerlicher und allseitiger Waffenstillstand

Abzug aller schwerer Waffen durch beide Seiten

Effizientes Monitoring und Verifizierung durch die OSZE

Dialog über die Durchführung regionaler Wahlen und den künftigen Status der Oblaste Donezk und Lugansk

Begnadigung und Amnestie

Befreiung und Austausch aller Geiseln und unrechtmäßig festgehaltener Personen

Sicherer Zugang, Lieferung, Lagerung und Verteilung humanitärer Hilfsgüter für Bedürftige

Vollständige Wiederherstellung der sozialen wirtschaftlichen Verbindungen mit Kiew

Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle über die Staatsgrenze im Konfliktgebiet

Abzug aller ausländischen bewaffneten Einheiten und deren Militärtechnik, ebenso Söldner

Durchführung einer Verfassungsreform in der Ukraine und Inkrafttreten einer neuen Verfassung bis Ende 2015. Dezentralisierung sowie Verabschiedung eines Gesetzes über den besonderen Status einzelner Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk

Regionale Wahlen in den Oblasten Donezk und Lugansk unter Beobachtung durch das OSZE- Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte

Intensivierung der Arbeit der Dreiseitigen Kontaktgruppe

Am 24. März 2021 verabschiedet der Nationale Sicherheitsrat der Ukraine ein Dekret zur Militärischen Rückeroberung der Krim, ratifiziert durch den momentan amtierenden Präsidenten Selenskyi. Nach Erlass dieses Dekretes erfolgte auf Anweisung Selenskyis ein massiver Truppenaufmarsch der Ukrainischen Armee im Südosten der Ukraine.[9]

Ab dem 16. Februar 2022 wird von der OSZE ein massiver Anstieg des Artilleriebeschusses im Donbass seitens der Ukrainischen Armee notifiziert. Dies deutete auf eine unmittelbar bevorstehende Großoffensive der Ukrainischen Armee zur militärischen Rückeroberung der Oblasten Donezk und Lugansk hin. [10]

Am 24. Februar 2022 also acht Tage danach beginnt der Krieg der Russischen Föderation in der Ukraine. [9]

Der westliche Vorwurf des Völkerrechtsbruchs durch Russland trifft zu. Jedoch muss zurückgefragt werden, was haben die westlichen Vertreter auf Seiten der Ukraine unternommen, um diese zur Umsetzung des Abkommens, zu bewegen? Sieben Jahre lang ignorierten die Regierungen Deutschlands und Frankreichs Kiews Weigerung, mit den Vertretern der selbsternannten „Volksrepubliken“ über ukrainische Verfassungsänderungen zu verhandeln. Genau diese Maßnahme ist integraler Bestandteil der UN-Resolution 2202. So hatte Kanzlerin Merkel noch bei ihrem Kiew-Besuch im August letzten Jahres die Position Selenskijs unterstützt und betont, dass er „Gespräche“ mit Vertretern der Donbass-Republiken „richtigerweise abgelehnt“ habe. [8]

Westliche Politiker haben in vielfacher Weise den Vertragsbrüchen der Ukraine zugesehen und dazu ermutigt. Um eine Bewertung vornehmen zu können, muss genau hin gesehen werden wer AGIERT und wer REAGIERT. An den wenigen Beispielen zeigt sich, dass es eine Lüge ist zu behaupten, Russland mit Putin in Person, wäre allein für den Krieg verantwortlich und er müsse nur aufhören, dann ist auch der Krieg zu Ende. Denn Krieg hat es in der Ukraine schon vorher gegeben, aber eben nicht in unseren Wohnzimmern.

Noch kurz zum Vorwurf, man könne Putin nicht trauen. Vielleicht stimmt das. Aber warum sollte Putin dem Westen trauen. Der größte Fehler von Gorbatschow und Schewardnadse bei den 2+4 Verträgen war, sich die vielfach gemachten Zusicherungen, es würde keine Erweiterung der NATO in Richtung Osten geben, nicht schriftlich geben zu lassen. Beide haben ihren westlichen Kollegen wohl **vertraut**. Mit Ignorieren von Putins Vorschlägen zur Zusammenarbeit und einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa, mit denen er durchaus gezeigt hat, dass er handlungswillig ist, bis hin zu den erwähnten Vertragsverletzungen der Minsker Abkommen erweist sich der Westen alles andere als vertrauenswürdig.

Wer sich über die 2+4 Verträge näher informieren möchte, darüber hatten wir in unserer Märzsendung 2022 ausführlich berichtet. [11]

Ich lasse noch einmal General Kujak zu Wort kommen [9]

Es muss daraus hinauslaufen, einen klugen Kompromiss zu finden, mit dem alle Seiten einigermaßen leben können. Erst einmal sollte es das vorrangige Ziel aller Beteiligten sein, das unsinnige Sterben unschuldiger Menschen zu beenden.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Bertha von Suttner

Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegputzen zu wollen — nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden!"

[1] <https://neue-debatte.com/2022/12/04/der-boese-russe-die-deutsche-geschichtsvergessenheit-und-die-blindheit-der-berliner-aussenpolitik/>

[2] [http://www.schneider-michael-schriftsteller.de/1\\_54\\_Streitschriften-und-Essays.html](http://www.schneider-michael-schriftsteller.de/1_54_Streitschriften-und-Essays.html)

[3] <https://www.youtube.com/watch?v=tsNQN62tyl8>

[4] <https://doi.org/10.7249/RB10014>

[5] [https://de.wikipedia.org/wiki/Die\\_Prinzipien\\_der\\_Kriegspropaganda](https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Prinzipien_der_Kriegspropaganda)

[6] <https://www.lpb-bw.de/ukraine-krim>

[7] <https://www.imi-online.de/2022/01/24/nato-aggression-und-russlands-reaktion/>

[8] [http://www.frikoberlin.de/mirror/texte/20220405\\_henken.pdf](http://www.frikoberlin.de/mirror/texte/20220405_henken.pdf)

[9] [https://www.youtube.com/watch?v=e\\_WiFwQFQQw](https://www.youtube.com/watch?v=e_WiFwQFQQw)

[10] <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871>

[11] <https://www.attac-netzwerk.de/halle/radio-attac/sendungen-2022-zum-nachhoeren/maerz>